Verfahren nach VOB
Abschließende Liste der geforderten Erklärungen und Nachweise
gemäß § 8 Abs. 2 Nr. 5 VOB/A, Ausgabe 2019

Vergabe-Nr. BÖ-90/13/2024 (B)

	Mit dem Angebot abzugeben
x	Angebotsschreiben (Formblatt 213) – **wird nicht nachgefordert** **Das Fehlen dieser Unterlage führt zum Ausschluss des Angebotes.**
x	Daten- und Preisblätter als PDF-Datei mit den Eintragungen der Daten und der Angebotspreise des Bieters. **Eine Nicht-Abgabe dieser PDF-Datei führt zum Ausschluss des Angebotes.** **Diese Unterlagen werden nicht nachgefordert.**
x	Produktangaben / Bietertexteintragungen in folgenden Positionen: - **siehe Daten- und Preisblätter**
x	Beiliegendes Formblatt 124 – Eigenerklärung zur Eignung (Präqualifizierte Bieter legen bitte das Zertifikat bei)
x	Formblatt 233 - Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen (wenn Teile der Leistung an Nachunternehmer vergeben werden sollen) → sofern erforderlich
x	Formblatt 234 - Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft (wenn das Angebot von einer Bietergemeinschaft abgegeben wird) → sofern erforderlich
	Bestbieterprinzip gem. § 8 TVergG LSA Wird auf ***jeden Fall*** vom Bestbieter abgefordert, sofern noch nicht mit dem Angebot eingereicht.
x	**Beiliegende Eigenerklärung, Mindeststundenentgelte und Entgeltgleichheit (§ 11 TVergG LSA)**
x	**Beiliegende Eigenerklärung zum Nachunternehmereinsatz** **(§ 14 Abs. 2 und Abs. 4 TVergG LSA)**
x	Handelsregisterauszug oder Gewerbeanmeldung oder Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer
x	gültiger Nachweis über Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung: mit Angaben über Personen-, Sach- und/oder Vermögensschäden, mit folgenden Angaben (s.a. Anlage 1, Kurzinfo Ziffer 8.8: Personenschäden: mind. 1,5 Mio. €, je Schadensereignis Sachschäden: mind. 0,5 Mio. €, je Schadensereignis Jahreshöchstleistung: mind. jeweils das Zweifache
x	Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen (maximal 6 Monate alt)
x	rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan (falls eine Erklärung über das Vorliegen eines solchen Insolvenzplanes angegeben wurde)

	Die Vergabestelle behält sich weiterhin vor, vom Bestbieter folgende Nachweise und Erklärungen auf gesondertes Verlangen abzufordern:
x	Referenznachweise: Für die Beurteilung der Eignung sind *(ggf. abweichend von den Vorgaben im Formblatt 124)* mindestens drei Referenznachweise über vergleichbare Leistungen mit mindestens folgenden Angaben vorzulegen: 1. Ansprechpartner mit Kontaktdaten 2. Art der ausgeführten Leistung 3. Auftragssumme 4. Ausführungszeitraum 5. Angabe zur vertraglichen Bindung (Hauptauftragnehmer; ARGE-Partner; Nachunternehmer) maßgebender Zeitraum: Referenzen in den letzten fünf Kalenderjahren
x	Formblatt 223 - Aufgliederung der Einheitspreise entsprechend
x	Erklärung zur Zahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Kalenderjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen, mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal
x	Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, falls das Unternehmen beitragspflichtig ist (maximal 6 Monate alt)
x	Unbedenklichkeitsbescheinigung mindestens einer Krankenkasse (maximal 6 Monate alt)
x	Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen, falls das Finanzamt eine solche Bescheinigung ausstellt (maximal 6 Monate alt)
x	Erklärung, ob und auf welche Art der Bieter mit anderen Unternehmen wirtschaftlich verknüpft ist sowie Erklärung zu Interessenkonflikten.
x	Freistellungsbescheinigung nach § 48b Einkommensteuergesetz
x	Produktdatenblätter benannter Fabrikate
x	Urkalkulation (die Urkalkulation wird für die Prüfung der Preise geöffnet, im Anschluss wieder verschlossen)

Hinweise:

1. Anstelle der Einzelnachweise kann auch das Präqualifizierungs-Zertifikat (PQ-VOB) vorgelegt werden.

2. Für **alle** Mitglieder der Bietergemeinschaft sind die Eignungsnachweise und Erklärungen entsprechend den gestellten Anforderungen vorzulegen.

3. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen abzugeben, es sei denn die Nachunternehmen sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer unter der die Nachunternehmen in der Liste PQ/ULV geführt werden. Weiterhin behält sich die Vergabestelle vor weitere Nachweise aus oben genannter Liste auch vom Nachunternehmer auf gesondertes Verlangen abzufordern.

4. Bewerber, die nicht ihren Sitz in der BRD haben, haben gleichwertige Bescheinigungen ihres Herkunftslandes vorzulegen. Fremdsprachige Nachweisen ist eine Übersetzung in deutscher Sprache beizufügen.

5. Bei der elektronischen Angebotsabgabe ist grundsätzlich für den Nachweis der Eignung die Vorlage von eingescannten Unterlagen, Erklärungen und Nachweisen (=Kopie) ausreichend. Die Vergabestelle behält sich vor auf gesondertes Verlangen die Vorlage von Original-Unterlagen nachzufordern.

6. Gemäß § 8 Abs. 2 Nr. 2 TVergG LSA weisen wir darauf hin, dass der Bestbieter im Fall der beabsichtigten Zuschlagserteilung die gem. Bekanntmachung und in den Vergabeunterlagen

genannten vorzulegenden Erklärungen und Nachweise nach Aufforderung innerhalb einer nach Tagen bestimmten Frist vorlegen muss und dass bei nicht fristgerechter Vorlage der verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise das Angebot von der Wertung auszuschließen ist. Eine Fristverlängerung ist nur bei rechtzeitiger Beantragung vor Fristablauf mit Angabe einer nachvollziehbaren Begründung möglich.

7. Im Falle von Widersprüchen in den Vergabeunterlagen zu gestellten Anforderungen der geforderten Erklärungen und Nachweise gelten grundsätzlich vorrangig die in der Bekanntmachung genannten Anforderungen.

8. Entsprechend der gesetzlichen Vorgaben wird der Auftraggeber ab einem Auftragswert von 30.000 € für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister gem. § 6 WRegG abfordern.

----------Ende der Liste ----------